

Zur möglichen Einkreisung der kreisfreien Städte sind zuletzt die von der Enquetekommission geforderten Gutachten vorgelegt worden. Diese gilt es jetzt zu bewerten. Wir glauben, dass die Einkreisung der kreisfreien Städte zur Stärkung der Kreisebene beitragen kann. Der Entwurf des Leitbilds wird auch darauf Antworten geben müssen.

Herr Vizepräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vor uns liegende Reformprozess wird nicht einfach. Vor allem müssen wir es schaffen, die Menschen vor Ort von der Notwendigkeit zu überzeugen. Das gilt auch und gerade für die in den Kommunen engagierten Politikerinnen und Politiker sowie die Beschäftigten in den Verwaltungen, denn eines ist sicher: Eine Reform an den Betroffenen vorbei wird es schwer haben, die Akzeptanz der Menschen zu gewinnen. Mit populistischen Parolen und falschen Versprechungen jedenfalls kommen wir hier nicht weiter; stattdessen wollen wir die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs in den Prozess einbeziehen. Dazu gehört ein breiter öffentlicher Dialogprozess über das zu erarbeitende Leitbild genauso wie die Stärkung der demokratischen Teilhabe im Zuge und als Ziel der Reform. Erst im Anschluss an diese öffentliche Diskussion - zwölf Monate, ich hatte es erwähnt, wollen wir uns dafür Zeit nehmen - wollen wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Leitbild hier im Landtag verabschieden. Brandenburg braucht eine transparente, bürgernahe und nachhaltige Verwaltungsstrukturreform. Der vorliegende Antrag eröffnet einen Teilabschnitt dieses Weges zum Ziel. Deshalb werbe ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Das Wort erhält die Abgeordnete Richstein für die CDU-Fraktion.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich knüpfe an meinen Vorredner an, wenn ich sage, dass die Verwaltungsreform eines der wichtigsten Projekte ist, das uns in dieser Legislaturperiode begleiten wird. Viele, wenn nicht alle Brandenburger werden von der Reform betroffen sein. Bürger und Unternehmer, Vertreter aus Politik und Verwaltung, sowohl auf Kommunal- als auch auf Landesebene, die Mitarbeiter in den Verwaltungen, ihre Gewerkschaften sowie die betroffenen Verbände, beispielsweise der Städte- und Gemeindebund sowie der Landkreistag. Entscheidende Fragen sind in diesem Prozess zu klären, insbesondere die Reichweite und die Ausgestaltung der Funktionalreform, eine eventuelle Anpassung der Verwaltungsstrukturen unter Berücksichtigung des Freiwilligkeitsprinzips sowie die Finanzierung und Entschuldung.

Meine Damen und Herren, als CDU-Fraktion sehen wir unter den gegenwärtigen Bedingungen keine Notwendigkeit für eine Kreisgebietsreform, denn die Landkreise und kreisfreien Städte sind sehr wohl in der Lage, ihre jetzigen Aufgaben in guter Qualität zu erfüllen.

(Beifall CDU, AfD und B90/GRÜNE)

Freiwillige Landkreiszusammenschlüsse oder das Organisieren von Dienstleistungszentren der Fachverwaltungen in gemeinsa-

men Backoffices kommen für uns nur unter den folgenden Voraussetzungen in Betracht: eine erhebliche Aufgabenübertragung auf die Landkreise, eine Reform der Landes- und Ministerialverwaltung, eine kunden- und mitarbeiterorientierte Ausrichtung der Verwaltungen auf allen Ebenen, Erhöhung der Qualität der Verwaltungsdienstleistungen, Abbau von Bürokratie und Verbesserung der internen Verwaltungsprozesse sowie Entschuldung, Schuldenabbau, nachhaltige Kostenreduzierung, eine ausgewogene Finanzverteilung und das Erschließen neuer Finanzressourcen.

In Anbetracht der Fülle der Aufgaben ist es wirklich sinnvoll, ein Leitbild an den Anfang zu stellen. Ein Leitbild, meine Damen und Herren, gibt die Wertvorstellungen, Ziele, Prinzipien und die großen Linien einer Verwaltungsreform vor. Betroffen sind insbesondere die Aufgabenverteilung, die Umgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation, Aus- und Fortbildung, zielorientierte Führung, Personalentwicklung, Controlling und das Qualitätsmanagement.

Wenn man sich die Wichtigkeit des Leitbildes einmal veranschaulicht, wird schnell klar, dass bereits der Entwicklungsprozess von erheblicher Bedeutung ist. So möchten die Regierungsfractionen diesen wichtigen Prozess eines Leitbildentwurfs der Landesregierung voranstellen, der bis Mitte 2015 vorgelegt werden soll. Wir halten diese Vorgehensweise für falsch. Wir haben nämlich, Herr Kurth, die Hausaufgaben noch nicht gemacht.

Wir haben in Brandenburg bereits eine nicht gerade mustergültige Polizeireform, einen flugunfähigen BER und eine Reform der Forstverwaltung über mehr als ein Jahrzehnt. Wer will da noch eine Verwaltungsreform, die am Beharrungsvermögen der Behörden und Institutionen sowie an gegenläufigen und oft gut organisierten Interessen im Land und in den Kommunen scheitert?

(Beifall CDU und AfD)

Meine Damen und Herren! Wir möchten ein umfassendes Leitbild für die Verwaltungsreform aus der Mitte des Landtages heraus entwickeln, im Rahmen eines breiten und offenen Dialogs und mit Unterstützung der Landesregierung. Wir müssen einen möglichst umfassenden Konsens zwischen allen Beteiligten herstellen, damit die Umsetzungsphase der Verwaltungsreform reibungslos erfolgen kann. Der Landtag ist dafür das demokratisch legitimierte Organ und für die Erarbeitung eines so wichtigen Grundsatzprogrammes auch der richtige Ort.

Meine Damen und Herren, der Leitbildprozess ist kein Prozess von oben nach unten oder von unten nach oben. Es handelt sich vielmehr um einen wechselseitigen Prozess in beide Richtungen, der am besten durch den Landtag moderiert werden kann. Erfolgsvoraussetzungen hierfür sind antizipativ gestaltete Entwicklungsprozesse und eine gezielte Umsetzungsorientierung. Wir brauchen ein Leitbild, das von der Verwaltung und dem Verwaltungskunden gelebt wird und nicht wie ein Fremdkörper wirkt, ohne Bezug zu den Situationen der Verwaltungen vor Ort. Nur so können wir die Sichtweise der betroffenen Gesellschaftsgruppen frühzeitig einbeziehen, was die Umsetzungsbereitschaft erhöht, die das A und O einer solchen Reform ist, die kein Papiertiger sein will. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag, dass wir nicht über ein vorgelegtes Verwaltungsleitbild sprechen, sondern ein Leitbild

entwickeln, das aus der Mitte des Parlaments kommt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU sowie des Abgeordneten Hein [fraktionslos])

Vizepräsident Dombrowski:

Danke. - Für die Fraktion DIE LINKE erhält der Abgeordnete Dr. Scharfenberg das Wort.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat in seiner vergangenen Wahlperiode eine gute Vorarbeit für eine Verwaltungsreform in diesem Land geleistet. Das ist durch eine eingesetzte Enquetekommission geschehen, die im breiten Konsens gute Empfehlungen gegeben und die aufgezeigt hat, dass wir unser Land zukunftsfähig machen müssen und wollen und wir dabei auch aus eigenen Erfahrungen und aus Erfahrungen anderer Länder schöpfen wollen.

Mit dem vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen setzt der Landtag diesen Reformprozess in Gang. Ein solches Vorgehen ist nicht selbstverständlich. Ich erinnere daran, dass wir Ende der 90er-Jahre zu Beginn der 3. Legislatur ähnliche Voraussetzungen hatten. 1999 lag auch das Ergebnis einer Enquetekommission des Landtages für eine Gemeindegebietsreform vor, das jedoch vom damaligen CDU-Innenminister komplett ignoriert wurde. Herr Homeyer wird sich noch gut daran erinnern; er war ja in der Enquetekommission und hat das Folgende auch aktiv mitbegleitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Antrag erteilen wir der Landesregierung den Auftrag zur Erarbeitung eines Leitbildentwurfs. Dieser Entwurf soll auf der Grundlage des Abschlussberichts der Enquetekommission 5/2 entstehen. Wir haben also eine konkrete Vorgabe, liebe Kollegin Richstein, wir geben der Landesregierung den Auftrag, diesen Leitbildentwurf auf Grundlage des Abschlussberichts der Enquetekommission, die eine Kommission des Landtages war, zu erarbeiten. Wir wollen also einen engen, unmittelbaren Zusammenhang mit der Enquetekommission gesichert wissen. Das Leitbild wird nicht von oben festgelegt, wie es bei der Gemeindegebietsreform 2003 der Fall war. Da gab es keine Bürgerbeteiligung und keinen öffentlichen Diskussionsprozess, sondern da hat eine Landesregierung etwas festgelegt, was uns dann ...

(Zuruf der Abgeordneten Frau Schier und Homeyer [CDU])

- Natürlich, damals ist ein Leitbild festgelegt worden. Selbstverständlich!

Wir wollen jetzt eine breite

(Zurufe von der CDU)

- Da ist doch keine Diskussion geführt worden, sondern es wurde dieses Leitbild vermittelt. Ich bitte Sie!

Da bin ich auch schon bei den Entschließungsanträgen der Opposition, die sich beide im Kern auf diesen Diskussionsprozess

beziehen. Die CDU-Fraktion vollzieht wieder einmal den Wechsel von der einen Seite zur anderen und schwelgt regelrecht in einer Orgie der Bürgerbeteiligung. Mir fällt immer wieder auf, dass sich die CDU in ihrer Rolle als Regierungsfraktion von ihrer Rolle als Oppositionsfraktion eklatant unterscheidet. Damals hat Sie das mit der Bürgerbeteiligung überhaupt nicht interessiert!

(Wichmann [CDU]: Was waren denn damals Ihre Reden als Opposition? Unerhört, Herr Scharfenberg! 180-Grad-Wendung!)

Tut mir leid, meine Damen und Herren von der CDU, das kaufe ich Ihnen nicht ab. Sie spielen mit diesem Thema auch, indem Sie die Erarbeitung des Leitbildentwurfs in Gänze beim Innenausschuss ansiedeln wollen. Aber das ist nun wirklich eine Aufgabe für den fachlich spezialisierten Apparat der Landesregierung. Diesen Entwurf erhalten wir dann, und mit dem gehen wir in einer zwölfmonatigen öffentlichen Diskussion um, und da können Sie Ihren Beitrag leisten. Ich bin gespannt darauf, ob der größer ist als das, was Sie in der Enquetekommission gebracht haben, das lief nämlich gegen null.

(Beifall DIE LINKE - Lachen der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Ansonsten freue ich mich, dass die CDU - jedenfalls mit dem Antrag - nicht der Versuchung erlegen ist, eine Linie der Fundamentalopposition aufzumachen. Das haben Sie nicht gemacht, wobei Frau Richstein in Ihrer Einführung, in Ihrem Beitrag gesagt hat, wir könnten ganz gut damit leben, wenn alles so bleibt, wie es ist. Das haben Sie hier gesagt, liebe Kollegin Richstein.

Dem Anliegen des Entschließungsantrages der Grünen zu einer starken Bürgerbeteiligung stehen wir sehr aufgeschlossen gegenüber; wir unterstützen das inhaltlich. Dafür bedarf es aber keiner Änderung unseres Antrages, denn damit werden wir uns in jedem Fall im Innenausschuss befassen. Vieles weist darauf hin - und das ist gut so -, dass die Diskussion vor Ort bereits in Gang gekommen ist. So fand vergangene Woche in der Stadt Brandenburg ein Runder Tisch statt, an dem man sich mit dem drohenden Verlust der Kreisfreiheit auseinandersetzte. Eine solche Verständigung macht aber nur Sinn, wenn wir wirklich gemeinsam nach Wegen suchen, wie die Handlungsfähigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte deutlich vergrößert werden kann. Da hilft es nicht, wenn man sich sklavisch an den gegenwärtigen Status, also den Erhalt der Kreisfreiheit klammert, sondern es geht darum, dass wir gemeinsam reformoffen nach neuen Wegen und Formen suchen.

Es soll auch - und darüber waren wir uns einig - keine erneute landesweite Gemeindegebietsreform geben. Wir betonen damit in besonderer Weise das Prinzip der Freiwilligkeit. Eine große Herausforderung ist die Übertragung von jetzigen Landesaufgaben auf die Kommunen. Die Funktionalreform ist der Dreh- und Angelpunkt für das Gelingen einer landesweiten Verwaltungsreform.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Ich komme zum Ende.

Auch dazu liegen gute Vorarbeiten der Enquetekommission vor, die empfiehlt, 21 Aufgaben eines Aufgabenkatalogs zu kommunalisieren, 10 Aufgaben vertieft zu prüfen und 14 Aufgaben ...

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Kollege, alle Aufgaben müssen Sie nicht mehr benennen. Sie sind schon 40 Sekunden über dem Ende der Redezeit.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Ich hoffe, dass es uns gelingt, diese Vorarbeiten positiv umzusetzen und uns nicht damit zu bescheiden, dass alles so bleibt, wie es ist. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Kollege, das werde ich mir merken. - Es gibt eine Kurzintervention der Kollegin Richstein.

Frau Richstein (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum einen - ich hatte es vorhin bei Herrn Kurth vergessen -: Danke, dass Sie die gute Idee der CDU noch einmal gewürdigt haben. Wir haben nämlich damals die Enquetekommission beantragt, und ich darf Sie erinnern, dass Sie es in der letzten Legislaturperiode waren, die die Arbeit der Enquetekommission im laufenden Prozess ohne Ergebnis einstellen wollten.

(Beifall CDU)

Punkt 2: Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir uns von dem Ergebnis der Enquetekommission verabschieden, dann lesen Sie doch bitte unseren Antrag. Wahrscheinlich haben Sie den gar nicht gelesen. Darin steht nämlich, dass wir auf der guten Arbeit der Enquetekommission aufbauen wollen.

Punkt 3: Wenn Sie sagen, dass Innenminister a. D. Schönbohm das damalige Ergebnis der Enquetekommission 1999 beiseitegelegt hat, dann müssen Sie hinzufügen, dass er das mit gutem Grund getan hat. Er hat damals eine bessere Gebietsreform geschaffen, als es von der Enquetekommission vorgeschlagen wurde. Erinnern Sie sich: Es sind über 100 Veranstaltungen durchgeführt worden. Der Abgeordnete Schulze kann sich daran noch sehr gut erinnern, weil er als Vorsitzender des Innenausschusses bei jeder Veranstaltung dabei sein „musste“. Das zeigt, dass wir nicht an den Bürger vorbeigearbeitet haben.

Zum Vierten: Ja, es ist richtig, wir wollen keine Reform nur um der Reform willen, sondern wir wollen eine Funktionalreform, und dann sehen wir, ob Änderungsbedarf besteht. Aber da machen wir den zweiten Schritt bitte nicht vor dem ersten.

(Beifall CDU sowie des fraktionslosen Abgeordneten Schulze)

Vizepräsident Dombrowski:

Kollege Scharfenberg möchte erwidern. Bitte schön.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Danke, Frau Richstein, für die Möglichkeit, hier noch ein paar Worte zu sagen. Was die Enquetekommission angeht: Ich wiederhole, dass die CDU-Fraktion keinen ausmachbaren Beitrag in dieser Enquetekommission geleistet hat - erstens.

Zweitens: Ich darf Sie daran erinnern, liebe Frau Richstein: Sie waren ja gar nicht in dieser Kommission, Sie hatten ja Ihren jetzt abwesenden Manager dort hingeschickt, der andere Sachen zu tun hatte.

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE und SPD)

Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie in dieser Kommission eine äußerst widersprüchliche Linie gefahren haben. Die Unterschiede zwischen Herrn Wichmann und Herrn Petke waren sehr deutlich erkennbar. Und wenn Sie einmal Ihr eigenes Minderheitenvotum hernehmen, dann werden Sie dort lesen, dass Sie den Aufgabenkatalog, den die Enquetekommission zur Kommunalisierung empfiehlt - ich habe hier 21 Aufgaben benannt -, noch einmal um acht Aufgaben erleichtern. Also Sie halbieren diesen Katalog beinahe. Und wenn Sie jetzt die Behauptung aufstellen, Sie seien für eine Funktionalreform, dann weiß ich überhaupt nicht, worauf Sie das stützen.

Meine letzte Bemerkung: Liebe Frau Richstein, mir ist nicht Erinnerung, dass die Linke oder die SPD diese Enquetekommission ohne Ergebnis hätte verabschieden wollen. Das müssen Sie mir einmal belegen, wo das der Fall gewesen sein soll.

(Zuruf der Abgeordneten Richstein [CDU])

Wie gesagt, ich erinnere mich nur daran, dass wir uns in dieser Kommission dafür eingesetzt haben, dass das Prinzip der Freiwilligkeit wirklich eine Rolle spielt, und ich musste mir in dieser Frage das Gelächter Ihrer Leute anhören. Sie machen jetzt das blanke Gegenteil davon. Ich finde das heuchlerisch, was Sie hier machen. Wir werden im praktischen Prozess dann sehen, welche Rolle Sie tatsächlich vor Ort spielen werden.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Hier war noch eine Kurzintervention angemeldet worden. Bitte, Herr Wichmann. - Nein, Herr Kollege, das geht nicht, tut mir leid. Eine Kurzintervention zur Antwort auf eine Kurzintervention ist nicht möglich. Aber beim nächsten Mal wieder, ja?

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE und SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Rednerliste fort. Der Abgeordnete Kalbitz von der AfD erhält das Wort.